

2209 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t  
des Unterrichtsausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 22. Oktober 1980 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Hochschülerschaftsgesetz 1973 geändert wird

Gemäß § 15 des Hochschülerschaftsgesetzes beträgt die Funktionsperiode aller Organe der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) zwei Jahre.

Diese vergleichsweise äußerst kurze Funktionsperiode von Organen der Österreichischen Hochschülerschaft kann jedoch dazu führen, daß Wiederholungswahlen notwendig machende Entscheidungen erst gegen Ende der Funktionsperiode oder sogar erst danach in Rechtswirksamkeit erwachsen.

Durch die vorgeschlagene Bestimmung soll in Zukunft erreicht werden, daß innerhalb der letzten fünf Monate einer Funktionsperiode durchzuführende Wiederholungswahlen mit den jeweils nächsten Hochschülerschaftswahlen gemäß § 15 Abs. 1 zusammenzulegen sind. In ihrem Wesen handelt es sich bei dieser Bestimmung um eine Verlängerung der bisher bestandenen zweimonatigen Frist zur Durchführung von Wiederholungswahlen unter Berücksichtigung der bereits bestehenden fristenhemmenden Zeiten um weitere zwei Monate.

Der Unterrichtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 4. November 1980 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Unterrichtsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 22. Oktober 1980 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Hochschülerschaftsgesetz 1973 geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, 1980 11 04

R a a b  
Berichterstatter

H o f m a n n - W e l l e n h o f  
Obmann